

# Ein 21 jähriger Zittauer hat das Wort

## Weshalb ich als Kommunist noch immer Mitglied der Partei Die Linke bin

Als ich im Jahr 2005 als 17jähriger in die damalige PDS eintrat, war ich mir dieses Schrittes wohl bewußt. Sicher bedingt durch meine Besuche auf Parteitag, die gründliche Lektüre der entsprechenden Parteidokumente und nicht zuletzt durch persönliche Gespräche mit älteren Genossen war ich der Überzeugung, meine politische Heimat gefunden zu haben. Die PDS präsentierte sich (mit Ausnahme einiger Landesverbände) weitgehend als „sozialistische Opposition“ und betrachtete sich als ostdeutsche Interessenvertreterin.

Ich will und kann nicht verschweigen, daß sich viele der damaligen Beweggründe, dieser Partei beizutreten, bald als Illusionen herausstellten. Ihr Anspruch, den Sozialismus „als Ziel, Weg und Wertesystem“, wie es in sämtlichen Programmen hieß, tatsächlich auch nach außen zu vertreten und damit à la Tucholsky aus „einer Sage eine Tue“ zu machen, erwies sich nur zu oft als leere Sprechblase. Oder wie ist es anders zu erklären, daß Abgeordnete der PDS/PDL in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern neoliberale Politik mittragen, daß in Dresden kommunales Eigentum in immensen Größenordnungen verschert wird (WOBA-Verkauf), daß in Sachsen und Thüringen Anti-DDR-Resolutionen verabschiedet werden (wohl aber gegen die Empfehlung der Bundespartei und unter massivem Protest der Basis!), daß aus der einst klar antikapitalistischen Haltung plötzlich „über den Kapitalismus hinausreichende Alternativen“ geworden sind?

Vielleicht habe ich mich zu spät mit der Geschichte jener Partei beschäftigt, deren Mitglied ich nun bin. Sehr bewußt habe ich meinen Eintritt in die Nachfolgepartei der SED erklärt, welche die wohl bisher größte Leistung in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung vollbracht hat: den Aufbau eines sozialistischen Staates auf deutschem Boden, der trotz all seiner Fehler und Unvollkommenheiten eine äußerst bedeutende Errungenschaft unserer Genossen darstellt. Darauf können wir stolz sein!

Zunehmend werde ich dessen gewahr, wie systematisch von Beginn an dieses Erbe der DDR ausgelöscht werden sollte. Bereits auf dem Sonderparteitag der damaligen SED/PDS im Dezember 1989 wurde der bis heute gültige „Gründungskonsens“ getroffen, der den Bruch mit dem „Stalinismus als System“ erklärte. Niemand konnte mir bis zum heutigen Tag den Begriff „Stalinismus“ stichhaltig bestimmen, und auch ich selbst habe als Student der Geschichtswissenschaft keine solche Definition gefunden. Es bleibt also

festzuhalten, daß es sich hier um einen antikommunistischen Kampfbegriff handelt, der bis in die „Programmatischen Eckpunkte“ der neuen PDL (die noch kein Parteiprogramm darstellen!) vorgedrungen ist. Übrigens findet sich darin bisher noch kein einziges Mal der Begriff „Sozialismus“. Ein Zeichen?

Unzählige Male hat sich die PDS für ihre



**Der Klassenfeind hat ein Gesicht: Gutsbesitzer zu Gutenberg und Unternehmerpräsident Hundt sind sich einig.**

DDR-Vergangenheit „beim Volk“ entschuldigt, für Dinge, die sie gar nicht verantworten muß, ohne dabei zu bemerken, wie weit sie sich der herrschenden bürgerlichen Blockpartei CDUCSUSPDFDPGrüne bereits angenähert hat.

Nicht zuletzt war bereits der Parteiname PDS mehr als fragwürdig. Die Tautologie „demokratischer Sozialismus“ kann in diesem Zusammenhang nur dazu dienen, den 1989/90 zu Fall gebrachten Sozialismus als undemokratisch zu delegitimieren und das Märchen vom „diktatorischen Unrechtsstaat DDR“ weiter zu verbreiten. Ein Sozialismus ohne Demokratie ist keiner. Bei allen Unvollkommenheiten des sozialistischen deutschen Staates behaupte ich, daß dieser weit demokratischer verfaßt war als jener Staat, der seit dem Anschluß der DDR an die BRD im Osten Deutschlands existiert und der in diesem Jahr seine fragwürdigen Jubiläen feiert. Warum also bin ich noch immer Mitglied dieser Partei? Ich möchte nicht verschweigen, daß ich nicht nur einmal an einen Austritt und damit verbundenen Wechsel in eine marxistische Partei wie beispielsweise die DKP gedacht habe. Trotzdem bin ich bis zum heutigen Tag und wohl auch noch darüber hinaus PDL-Mitglied.

Mit der Vereinigung von PDS und WASG im Sommer 2007 ergaben sich neue Chancen. Der Parteiname Die Linke kann für vieles stehen: für die Linie eines ADAV

(Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein) oder einer SPD von 1875, für den revolutionären Weg einer KPD von 1919 oder den revisionistisch-militaristischen Weg einer SPD von 1914/1918. Wird die neue Partei eine Partei Liebknechts und Luxemburgs oder eine Partei Noskes und Eberts? Wird sie in der Tradition Schumachers und Brandts stehen oder aber in jener Thälmanns und Piecks? Wird sie den Kapitalismus reparieren oder ihn überwinden wollen? Wird sie ein sozialdemokratischer Phönix aus der Asche oder sich zu einer konsequent sozialistischen Partei entwickeln?

Vorerst handelt es sich bei der PDL weder um eine sozialdemokratische noch um eine sozialistische Partei. Sie wird sich aber entscheiden müssen. Und um sich nicht selbst überflüssig zu machen, wird an einer klaren antikapitalistischen Ausrichtung kein Weg vorbeiführen. Noch ist nicht aller Tage Abend. Die Basis verweigert sich zunehmend dem Kurs der Entschuldigungsfraktion à la Pau, Brie und leider vielfach auch Gysi. Sie fordert eine differenziertere Haltung zum Sozialismus der DDR, der letztlich für viele einen Teil der eigenen Lebensgeschichte darstellt.

Innerhalb der PDL existieren einige marxistische Zusammenschlüsse, auf deren Einfluß es in der vor uns stehenden Programmdebatte ankommen wird. Allen voran die Kommunistische Plattform, die eine hervorragende Arbeit leistet und damit Sozialisten und Kommunisten inner- wie außerhalb der Partei eine Basis bietet. Sie versucht antikapitalistische linke Kräfte aus unterschiedlichen Parteien und Zusammenschlüssen zu bündeln. Durch die Zusammenarbeit mit DKP, KPD und anderen linken Organisationen kann in Zukunft ein Potential geschaffen werden, welches in der programmatischen Ausrichtung der PDL ausschlaggebend sein dürfte. Die zeitweilig hervorragende Zusammenarbeit auf kommunaler und Landesebene beispielsweise durch für Mitglieder der DKP, der KPD und Parteilose geöffnete Listen der PDL muß unbedingt fortgesetzt werden. Gemeinsame Veranstaltungen, wie sie in der Vergangenheit bereits durchgeführt wurden, sollten häufiger stattfinden und noch mehr Genossen der Basis angeboten werden. Das vorhandene Potential der älteren Genossen muß stärker als bisher genutzt werden, damit sie ihre Erfahrungen und Meinungen den jüngeren und jungen Generationen übermitteln können, um sie vor „Geschichtsaufarbeitung“ à la Hubertus Knabe zu bewahren. Nur mündige aufgeklärte junge Sozialisten und Kommunisten können das Erbe der älteren Genossen fortführen.

Dazu bedarf es aber deren Wissen und Urteilsvermögen. Der oftmals auch in der PDL aufbrechende Gegensatz zwischen Alt und Jung kann in diesem Zusammenhang nur destruktiv wirken.

Welches sind die Eckpfeiler, die die Programmatik der PDL tragen müßten, damit sie tatsächlich noch „meine“ Partei ist?

Das klare antikapitalistische Bekenntnis darf nicht fehlen. Um sozialistische Politik betreiben zu können, müssen die Produktionsverhältnisse radikal verändert werden. An einer „Expropriation der Expropriateure“ führt langfristig kein Weg vorbei. Nur öffentliches, also staatliches und genossenschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln kann dauerhaft kapitalistische Ausbeutung aufheben. Nur auf diesem Wege ist das demokratiefeindliche Primat der Wirtschaft vor der Politik zu beseitigen.

Absolut notwendig ist eine konsequent antimilitaristische Politik der neuen Linkspartei. Sie muß sich weiterhin jeder Form von Kriegseinsätzen im In- und Ausland verweigern. Deutschland wird nicht am



Hindukusch verteidigt. Zu den wichtigsten Forderungen auf diesem Gebiet zählen weltweite Abrüstung und Auflösung der NATO. Es gilt: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!

Die Partei muß sich konsequent gegen jede Form von Rassismus, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit aussprechen. Faschistische Parteien wie NPD und DVU müssen ebenso verboten werden wie sämtliche Landsmannschaften und andere revanchistische Organisationen (Zentren gegen Vertreibung etc.). Noch deutlicher als bisher muß sie sich gegen jede Form von Diskriminierung aussprechen. Homophobie, Sexismus und Ausländerfeindlichkeit nehmen in unserer Gesellschaft immer mehr zu. Sie sorgen für eine fortschreitende schleichende Faschisierung. Die Wahlergebnisse insbesondere in Ostdeutschland für NPD und DVU bilden dabei nur die Spitze des Eisbergs.

Die PDL muß sich zumindest für geraume Zeit klarer als bisher auf die Oppositionsrolle festlegen. Die Spielräume sozialistischer Politik im gegenwärtigen kapitalistischen System sind so gering, daß es zu einem großen Vertrauensverlust bei der Bevölkerung führen kann, sich in jedweder Form an Landesregierungen zu beteiligen. Da es ohnehin nur mit Unterstützung der SPD gelingen dürfte (bei der das „S“ wohl „sozialdemagogisch“ heißen soll), eine stabile Regierung aufzubauen, steht eine solche Rolle für die PDL m. E. nirgends zur Debatte. Sollte die Partei weiter an Sozialabbau und gegen die Arbeitenden gerichteter Politik mitwirken, wie in einigen ostdeutschen Bundesländern geschehen oder angestrebt, macht sie sich unglücklich und damit überflüssig.

Die PDL muß sich endlich zu ihrer Geschichte bekennen und den Sozialismus, wie er in der DDR bestand, differenziert und wohlwollend bewerten. Entschuldigungsorgien und verurteilende Erklärungen der Partei-Rechten müssen unterbunden werden. Nur wenn dies gelingt, ist sie in der Lage, Fehler der Vergangenheit in Zukunft zu vermeiden und positive Erfahrungen zu nutzen. In diesem Zusammenhang sollte die PDL auch gegen Demagogen und Volksverhetzer vom Schlage eines Hubertus Knabe und einer Marianne Birthler sowie Renegaten wie Günter Schabowski offen-

siver auftreten und beispielsweise einfordern, die massive Vergeudung von Steuergeldern in Gestalt der MfS-Unterlagenbehörde zu beenden. Die ahistorische, unwissenschaftliche Gleichsetzung der „beiden deutschen Diktaturen“ und die damit einhergehende Verharmlosung des Hitlerfaschismus müssen aufhören.

Nur wenn sich die PDL stärker auf die Wurzeln von 1918/19 besinnt und bereit ist, diese auch offen zu benennen und im Sinne Liebknechts und Luxemburgs, Thälmanns und Piecks zu wirken, ohne Marx und Lenin aus dem Spiel zu lassen, hat sie als demokratisch organisierte sozialistische Partei in Deutschland eine Zukunft. Bleibt dies jedoch aus, wird sie nicht mehr meine Partei sein, so daß ich die notwendigen Schlüsse ziehen müßte. Momentan steckt in der „Linken“ aber (noch) ein überaus großes Potential, auf dessen Nutzung es ankommt. Dies kann jedoch nur mit Hilfe vieler engagierter Genossinnen und Genossen inner- und außerhalb der PDL gelingen.

Packen wir's an! Trotz alledem!

**Dominik Gläsner, Zittau**



Pofalla

**Mehrwertsteuer hoch,  
dafür  
Millionärssteuer weg!**

**Das ist breiteste  
Demokratie:  
das breite Volk ist  
beteiligt,  
und  
die Wenigen schließen  
wir aus.**

©D.Eckardt 2009



**ALG-II-Empfänger  
und  
1-€-Jobber  
tragen diese  
Armbinde.**

**Sie haben sich  
von  
Demonstrationen  
fernzuhalten.**

©D.Eckardt 2009

# Der KPP unsere Solidarität!

## Neue Vorhutpartei wurzelt in Traditionen der Arbeiterbewegung Polens

Gegenwärtig sind die polnischen Kommunisten überwiegend in der Kommunistischen Partei Polens organisiert. Das ist eine neue Partei, die im Dezember 2002 im oberschlesischen Dabrowa Gornicza gegründet wurde. Der Beschluß zur Konstituierung wurde gefaßt, nachdem der Oberste Gerichtshof der Republik den früheren Bund Polnischer Kommunisten „Proletariat“ aufgelöst hatte. Die neue Partei setzt die Traditionen der polnischen revolutionären Arbeiterbewegung fort. Die KPP ist eine Kaderpartei mit etwa 3000 Mitgliedern. Ihre Hauptzentren befinden sich vor allem in Oberschlesien, Warschau, Wrocław, Kielce und Rzeszów. Die Mehrzahl der Genossen sind frühere Angehörige der PVAP, die sich zur kommunistischen Ideologie bekennen. Eine andere Gruppe der Partei sind Angehörige der jungen Generation, Studenten, Schüler, junge Arbeiter, die enttäuscht und mit den brutalen Bedingungen des Kapitalismus konfrontiert sind. Sie sehen in der kommunistischen Ideologie eine Möglichkeit zur Überwindung dieser Verhältnisse. Die Führung der KPP hofft auf eine weitere Verjüngung der Partei. Darüber hinaus gibt es in Polen zahlreiche nichtparteigebundene Kommunisten und Sympathisanten, die in der Gesellschaft der Polnischen Marxisten mitarbeiten. Das sind vor allem Wissenschaftler, Intellektuelle. Viele Kommunisten betätigen sich politisch in Klubs der Linksveteranen oder sind nicht organisiert. Sie wirken individuell, z. B. bei Parlaments- und Kommunalwahlen, äußern ihre Meinung in der Presse und anderen Medien. Eine besondere Gruppe bilden Angehörige der früheren Polnischen Volksarmee, vor allem Offiziere.

Die KPP ist gut organisiert. Sie unterhält zwei Sekretariate: das Warschauer leitet der Vorsitzende Józef Lachut und das in Dabrowa Gornicza der Generalsekretär Marian Indelak. Sie organisieren die Arbeit des Zentralkomitees und der gesamten Partei.

Die KPP gibt die Monatszeitung „BRZASK“ (Morgenröte) heraus, deren Chefredakteur zur Parteileitung gehört. In ihr werden aktuelle Dokumente der KPP, Materialien der internationalen kommunistischen Bewegung und andere Informationen, theoretische Artikel und Beiträge zum Parteileben veröffentlicht. Außerdem gehören Flugblätter, Plakate und Konferenzprotokolle zu den Darstellungsformen der Partei. Die Mitgliedsbeiträge betragen 5 bis 10 Złoty im Monat. Die zentralen Organe der Partei treten einmal im Quartal zusammen, das Präsidium berät mindestens einmal in zwei Wochen. Das ZK trifft mit den Leitungen

der Bezirksorganisationen regelmäßig zusammen, wodurch die innerparteiliche Verbindung verbessert wird.

Die organisatorische Hauptaufgabe ist die Stabilisierung und Entwicklung der Partei. Langsam entstehen neue Grundorganisationen sowie Kreis- und Wojewodschaftskomitees.

Eine wichtige Aufgabe ist die Entwicklung des Bundes der Kommunistischen Jugend. Unsere Genossen suchen und finden Kontakte zu Gewerkschaften und gesellschaftlichen Organisationen, um den Einfluß der kommunistischen Ideologie zu erhöhen.

Erforderlich ist die ständige Arbeit an und mit den grundlegenden Dokumenten der KPP wie der programmatischen Deklaration, dem Parteistatut, mit Beschlüssen des ZK und der Parteitage. Während auf aktuelle Geschehnisse mit Flugblättern reagiert wird, stellen wir Fragen der Strategie und Taktik der Partei anhand theoretischer Konferenzmaterialien dar. Eng damit verbunden ist die propagandistische Arbeit. Eine wichtige Rolle spielt hier die oben erwähnte „BRZASK“-Redaktion sowie die Teilnahme an Massenveranstaltungen zum 1. Mai, zum 22. Juli – dem Tag der Wiedergeburt Volkspolens – zum 7. November (Oktoberrevolution) und zum 13. Oktober (dem Jubiläum der 1943 in der Sowjetunion entstandenen Polnischen Volksarmee). Mit Kranzniederlegungen wird an die historischen Ereignisse erinnert und deren Rolle für die Gegenwart unterstrichen.

Aktivisten der KPP nehmen auch an öffentlichen Debatten teil. Hauptaufgabe bleibt der Kampf gegen das kapitalistische System und für den Sozialismus.

Eine wichtige theoretische als auch organisatorische Aufgabe ist die Verteidigung des historischen Erbes Volkspolens, die Erklärung seiner Errungenschaften gegenüber der jungen Generation. Das ist besonders wichtig, weil die großbürgerliche Hetze seine historischen Leistungen verunglimpft und die Geschichte Volkspolens verfälscht oder negiert. Es ist sehr schwierig, weil durch die Massenmedien im Dienste der Bourgeoisie und sogenannte wissenschaftlichen Arbeiten ein ständiger Strom der Lügen fließt, der insbesondere auf das Bewußtsein junger Leute zielt. Unsere Sache ist es, dieser Verfälschung der Geschichte Volkspolens und der herausragenden Rolle der Kommunisten entgegenzutreten.

Zu den aktuellen Aufgaben gehört der Kampf um die Einheit der Arbeiterbewegung. Dabei gilt es zwei Aspekte zu beachten: einen inneren und einen äußeren. Die KPP ringt um die Überwindung der Zersplitterung auf der Linken. Es gibt zahlreiche Konferenzen und Diskussionen mit anderen Strömungen der polnischen

Arbeiterbewegung, mit Sozialisten, Anarchisten, Trotzisten, Grünen wie auch mit verschiedenen Gewerkschaften. Die KPP zählt Revisionismus, Opportunismus, Solidarnosc-Denken und religiöse Vorurteile zu den Hauptursachen der Niederlage der polnischen Arbeiterbewegung in den letzten Jahrzehnten. Schritt für Schritt entsteht eine organisatorische und theoretische antikapitalistische Plattform als Verständigungsbasis der Linkskräfte.

Das ist auch von internationaler Bedeutung. Die KPP nahm und nimmt aktiv an Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien, an Kongressen der Bruderparteien, an theoretischen Konferenzen, z. B. in Brüssel, Prag, Athen, Berlin, Toronto und Moskau, teil. Regelmäßig werden Zeitungen und andere Materialien ausgetauscht. Mitglieder anderer Parteien kommen zu Debatten nach Polen. Die KPP unterstützt Bestrebungen zur Formierung einer neuen Kommunistischen Internationale. Diese ist in der gegenwärtigen Epoche im Kampf gegen Kapitalismus und für Sozialismus erforderlich.

Über aktuelle Aufgaben der KPP sprach Genosse Józef Lachut in der Redaktion der „BRZASK“. Er betonte, daß die KPP eine legale Partei in Polen ist. Sie arbeitet im Rahmen der Verfassung und der Gesetze der Republik. Sie ist durch das Parteibeziehungsgericht in Warschau unter der Nummer 153 des offiziellen Parteiregisters zugelassen und darf sich auf dem gesamten Gebiet Polens betätigen.

Zu Mißverständnissen führt Artikel 13 der Verfassung, in dem es heißt: „Untersagt sind Parteien und andere Organisationen, die sich in ihren Programmen auf totalitäre Methoden und die Praxis des Nazismus, des Faschismus und des Kommunismus berufen ...“

Unter diesen juristischen Gegebenheiten mußten die Kommunisten ihr Statut so formulieren, daß eine gerichtliche Intervention ausgeschlossen bleibt. Parteisymbol ist die Rote Fahne, auf der Hammer und Sichel im Roten Stern eingezeichnet sind. Parteihymne ist die Internationale.

Natürlich ist und bleibt die legale Existenz der KPP ein Stachel im Fleisch der verschiedenen bürgerlich-rechten und rechtsextremen Parteien. Wie bereits Anfang 2002 mit dem Verbot des Bundes der Polnischen Kommunisten „Proletariat“, drängen sie permanent auf die Liquidierung der Kommunistischen Partei. Im vergangenen Jahr wurde das Internetportal „Die Linke ohne Zensur“ geschlossen. Das ist ein Beispiel dafür, wie die Meinungsfreiheit durch den „demokratischen“ Staat beschränkt wird. Jedem Erfolg der Kommunisten im Kampf gegen das bestehende System begegnen die Kapitalisten und deren staatliche Lakaien mit der

Begrenzung der Informationsmöglichkeiten für die Partei. Erwähnenswert ist, daß derartige Maßnahmen jedoch nicht gegen verdeckte oder sogar offen faschistische Positionen und Organisationen angewandt werden.

Die KPP ist die Fortsetzung aller progressiven kommunistischen Strömungen Polens – das gilt sowohl für die alte KPP als auch für die in den 40er Jahren des vergangenen Jahrhunderts gegründete Polnische Arbeiterpartei (PPR) und das kommunistische Erbe der PVAP.

Es besteht eine Zusammenarbeit der KPP mit der Polnischen Arbeiterpartei, die eng mit einer gesamt-polnischen radikalen Gewerkschaft sowie mit verschiedenen Organisationen und Parteien im Rahmen des Kongresses der Linksverständigung und auf der Basis der Unabhängigkeit und Selbständigkeit verbunden ist.

Keine Beziehungen unterhält die KPP zur Allianz der Demokratischen Linken. Diese ist in letzter Zeit in die Parlamentarische Linke umgestaltet worden. Sie wurde zu einer bürgerlich-demokratischen Partei. Seit 1989 erfüllt sie die Rolle einer Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung. Offiziell ist sie als sozialdemokratische Partei entstanden, aber auf reaktionären ideologischen Fundamenten. Sie spielte eine aktive Rolle bei der Privatisierung des sozialistischen Vermögens und des Gesundheitswesens; sie bekennt sich zum

Kapitalismus, unterstützt die NATO sowie das Engagement Polens in den imperialistisch-neokolonialen Kriegen der USA in Irak und Afghanistan. Eine besonders üble Rolle spielten hierbei Aleksander Kwasniewski und Leszek Miller. Sie sowie die gesamte sozialdemokratische Fraktion im Parlament erwarben sich große „Verdienste“ bei der Beseitigung jeglicher Möglichkeiten für das polnische Proletariat, politisch und ökonomisch aktiv zu handeln. Mit ihrer Hilfe gewann der Kapitalismus an Boden und Stärke, während die polnischen Werktätigen ihre sozialen Rechte und die Errungenschaften Volkspolens verloren.

Erschwert wird die Situation vor allem auch durch die Zersplitterung der polnischen Arbeiterklasse. Gewerkschaftsorganisationen gibt es nur in alten Betrieben und Industriezweigen. Die Mitgliederzahl sinkt rapide. In neuen Unternehmen gibt es in der Regel keine Gewerkschaft, weil

Noch schlimmer ist es bei Kommunisten, vor allem jungen, die keine Beschäftigung finden. Sie müssen in den meisten Fällen emigrieren oder leben unter extrem zugespitzten sozialen Bedingungen. Dazu gehören selbst diplomierte Hochschulabsolventen. Nichtsdestoweniger setzen die polnischen Kommunisten ihren Kampf fort. In Weiterführung progressiver revolutionärer Traditionen und trotz komplizierter Bedingungen halten sie die rote Fahne hoch und folgen der Losung: Kopf hoch – nicht die Hände!

Am 4. Oktober 2008 fand in Warschau der 2. Kongreß der polnischen Linksverständigung statt. Józef Lachut sprach über das Programm und die ideologische Plattform dieser Vereinigung. Kritisch betrachtet wurden die bürgerlich-demokratische Linke und deren Anhänger. Es wurde festgestellt, daß sie durch ihre pro-bourgeoise Position und Politik das Vertrauen des Volkes verliert. Sie balanciert jetzt an der 5%-Grenze der Wählerunterstützung und könnte bei den nächsten Wahlen von der Parlamentsszene gestrichen werden.

Die neue vereinigte Linke muß für die Interessen der Arbeiter und der anderen Werktätigen eintreten und nicht für die der Bourgeoisie. Ihre Hauptforderungen sollten sein:

35-Stunden-Arbeitswoche; Beseitigung der Arbeitslosigkeit; Bewahrung und Anhebung des Lebensniveaus der Volksmassen; ehrlicher Lohn für gute Arbeit, Minimallohn: 68 % des Durchschnittsverdienstes;

keine Einkommenssteuer für Rentner und Pensionäre; Aufhebung der Privatisierung und Renationalisierung des Volksvermögens; Trennung von Staat und Kirche; Verwaltungsreform in Richtung echter Demokratisierung.

Das sind die aktuellen und nächsten Aufgaben der polnischen Kommunisten zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

Diesen Vortrag hielt

**Prof. Zbigniew Wiktor, Wrocław, vor den RF-Regionalgruppen Chemnitz-Zwickau-Plauen und Dresden.**



**70 Jahre nach Hitlers Überfall auf Polen: Der deutsche Militarismus ist potentiell gefährlich wie eh und je – auch für seine östlichen Verbündeten!**



die Bosse das nicht wünschen. Geschwächt wurde die Effektivität des Kampfes der Gewerkschaften auch durch die Opportunisten und Kollaborateure der „Solidarnosc“. Dank bürgerlicher Parteien und der katholischen Kirche existiert diese noch immer.

Der KPP-Vorsitzende, Genosse Józef Lachut, sagte zum Schluß seiner Ausführungen, daß es in Polen nicht leicht sei, Kommunist zu sein. Es gebe großen Druck und sogar brutale Verfolgung und Diskriminierung durch den Staat und lokale Behörden. Wer sich zu einer Gewerkschaft bekennt, hat Schwierigkeiten im Betrieb und muß mit dem Verlust der Arbeitsplätze rechnen.